

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. A.

Hefteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Zeitungsnummern, oberhalb des Hauptmannschafts-Nr. im amtlichen Zeitungsverzeichnis die Stelle 10 Pf. — Einzelnummern 5 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Jehne.** — Druck und Verlag: **Carl Jehne in Dippoldiswalde.**

Nr. 162

Freitag den 14. Juli 1922

88. Jahrgang

Amthliche Bekanntmachungen.

Die beiden in Verlust geratenen Hypothekenbriefe über die für den Privatmann Heinrich Frank in Schönfeld bei Großenhain im Grundbuche für Schlotwitz auf Blatt 41 in der III. Abt. unter Nr. 3, 7 bez. 10 eingetragenen zwei Briefhypotheken von zweimal je 500 M. nebst Zinsen sind durch heute verkündetes Ausschlußurteil für kraftlos erklärt worden. S. R. 39/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 8. Juli 1922.

Brotmarken

werden Freitag den 14. Juli 1922 im Rathause, 2. Stockwerk, ausgegeben.

Vertilgtes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Alarmsignale mit Glocke und Feuerhorn schreckten heute Donnerstag morgen nach 1/3 Uhr die Bewohner der Stadt aus dem Schlafe und meldeten von einem ausgekommenen Brande. Der Brandherd lag in der Deutschen Mäulerschule, wo sich im Kellergeschoß Brikketts die am Tage vorher bei dem niedergehenden Regen nah eingebracht worden waren, entzündet hatten. Nach 2 Uhr hatte die Kasse des Hausmeisters Kadon durch fortgeschrittenen Klauen diesen aus dem Schlafe geweckt. K., der ebenfalls im Kellergeschoß wohnt, stellte starken Rauchgeruch fest und weckte daraufhin die übrigen Hausbewohner. Bürgermeister Herrmann benachrichtigte sofort die Polizeiwache, von wo der Wachhabende mit dem Minimax-Apparat erschien, des Rauches wegen, der inzwischen auch ins Treppenhaus übergetreten war, aber nur schwer vordringen konnte. Infolge dessen befehlt Bürgermeister Herrmann, die Feuerwehren zu alarmieren. Ein dichter Nebel, der über der Stadt lag, nahm jede Sicht, behinderte aber wohl auch die Schallwirkung, so daß mancherorts die Signale nur schwer vernommen wurden. Man muß sagen: trotzdem waren die Feuerwehrlente, seien es Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr oder der Pflichtfeuerwehr mit ihren Geräten rasch zur Stelle. Nachdem man den Brandherd genauer festgestellt hatte, konnte in den übrigen Räumen für Rauchabzug gesorgt werden. Vom Hofe aus begann man, die Brikketts herauszuschleppen und ließ nach langer, mühsamer Arbeit gegen 1/4 Uhr auf einige glimmende Brikketts, die sofort abgelöscht wurden. Weitere leichte Rauchentwicklung zeigte, daß auch weiter unten noch ein Brandherd sei, Gefahr war aber nicht vorhanden, und wurde deshalb 1/4 Uhr Eintrüden der Freiwilligen Feuerwehr angeordnet; die Pflichtfeuerwehr war bereits 1/4 Uhr abgetreten. Eine Brandwache blieb zurück. Sächsischer Arbeiter werden heute vormittag den übrigen Teil des Brennmaterials nach dem Hofe schaufeln und dabei den letzten Rest abfischen. Die Zuschauer — und deren waren recht viele da und hinderten anfangs die Feuerwehr auch in ihrer Arbeit — sind nicht auf ihre Kosten gekommen, und konnte man daher vielfach hören, daß der Alarm „nicht nötig gewesen sei“. Wenn man aber bedenkt, daß heutzutage selbst das kleinste Schadenfeuer große Werte vernichtet und weiter bedenkt, daß in dem betroffenen Gebäude das Kellergeschoß vom Erdgeschoß nur durch einfache Balkendecke getrennt ist und sich über dem Kohlenraume ein Lehrmittelzimmer mit wertvollsten Apparaten befindet, ein Durchschlagen des Feuers also schon hier größten Schaden angerichtet hätte, kann man den allgemeinen Feueralarm nur richtig finden. Durch das rasche Eingreifen ist glücklicherweise nur geringer Schaden angerichtet worden.

Im Bahnhof fand am Mittwoch nachmittags eine Ausschusssitzung des Bezirksfeuerwehverbandes in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde statt. Vorsitz führte Branddirektor Müller-Schmiedeberg. Neben Ausschusssmitgliedern waren noch als Vertreter der Stadt Bürgermeister Herrmann und Stadtrat Voigt, weiter Branddirektor Kettner, Kommandant Reichel sowie Herren aus der Führerschaft der Freiwilligen Feuerwehr zugegen, da es sich in dieser Sitzung um Festlegung der Zeit und des Programms des hier abzuhaltenden Feuerwehr-Bezirksfestes handelte. In seinen Eingangsworten betonte Branddirektor Müller ganz besonders, daß die Feuerwehren jeglicher Politik fernstehen und daß es nur ihre Aufgabe sei, des Nächsten Gut in Feuers- oder Wassergefahr zu schützen. Der Bezirksfest soll am Sonntag den 27. August hier abgehalten werden. Von einem Kommeres am Vorabend sah man ab, nur soll, wenn an diesem Tage bereits Teilnehmer eintreffen, einfacher Kneipabend abgehalten

werden. Für den 27. August ist folgendes Programm vorgesehen: 1/10—1/11 Uhr Empfang der Wehren. 11 Uhr Prüfung der Freiwilligen Feuerwehr Dippoldiswalde, anschließend Alarmübung mit gleichzeitiger Prüfung der Pflichtfeuerwehr und, wie man hofft, Eingreifen der Motorspritze der neubegründeten Fabrikfeuerwehr Eisenwerk Schmiedeberg. Da auch eine Prüfung der gesamten Feuerlöschrichtungen unserer Stadt im Auftrage der Landesbrandkammer durch Branddirektor Jäger-Pirna vorgenommen werden wird, wird die Prüfung und die Alarmübung längere Zeit beanspruchen. Als Objekt der Alarmübung wurde das Rathaus in Aussicht genommen. Um 2 Uhr findet dann der Bezirksfest statt, der als Hauptpunkte Bericht auf 1921/22, Kassenbericht, Neuwahlen (es scheiden aus dem Ausschusse: Müller-Schmiedeberg, Reichel-Dippoldiswalde, Dietrich-Selersdorf und Herrschel-Oesling), Anträge (bis 15. August einzureichen) vorliegt. Im Anschluß an die Verhandlungen findet ein Festzug durch die Stadt statt; Ball im Schützenhause schließt sich an. Für das Festessen sollen 5 M. erhoben werden. Bezirksvorsteher Müller berichtete dann noch von dem vor kurzem stattgefundenen Feuerwehrtag in Werbau. Interessant war es, eingangs über das zu gleicher Zeit dort infolge Brandlegung entstandene Schadenfeuer in einer Groß-Spinnerei zu hören, wie weiter die Mitteilung, daß den sächsischen Freiwilligen Feuerwehren zurzeit 3625 Leute mit über 40 jähriger Dienstzeit angehören und daß 659 Feuerwehrmänner in diesem Jahre auf 25 jährige Dienstzeit zurückblicken. Nach diesem Bericht sprach der Vorsitzende über die in letzter Zeit stattgefundenen Neugründungen von Feuerwehren im Bezirk, der Schmiedeberger Fabrikfeuerwehr „Eisenwerk“, die mit allen nur denkbaren Geräten und schönem Depot aufs beste ausgestattet sei und der im Entstehen begriffenen Freiwilligen Feuerwehr Großölsa. Am Schluß der Sitzung dankte Kommandant Reichel Dippoldiswalde dem Vorsitzenden, erhoffte einen recht starken Besuch des Verbandstages und bat Bürgermeister Herrmann, den Ehrenvorsitz für diesen Tag anzunehmen, was dieser dankend zusagte. Hoffentlich ist dem Bezirksfest recht schönes Wetter beschied, besseres als seinem verregneten Vorgänger. Die Bürgerchaft bitten wir aber schon jetzt, an diesem Tage den fremden Gästen ein freudig Willkommen zu bieten.

Tagesordnung für die 18. Sitzung der Stadtverordneten Freitag den 14. Juli 1922 abends 1/8 Uhr. Öffentliche Sitzung: Kenntnisnahmen von einem Dankschreiben, von der Neufestsetzung der Strompreise und von der Gebühreordnung für Handel im Umherfahren. — Haushaltspläne auf 1922 der Elektrizitätswerkstoffe und der Mietwohnhäuserkasse. — Rechnungsabluß der Handelsschule für 1921. — Haushaltspläne auf 1922 der Handelsschule, Gewerbeschule, Kinderbewahranstalt, Armen- und Krankenhauskasse. — Beihilfe für Bibliotheken. — Vorlage wegen Erstattung von Kapitalertragssteuer an die Sparkasse. — Neufestsetzung der Miete für die Brauereikeller — Erhöhung des Zuschlages zu den Schornsteinfegergebühren. — Erhöhung der Sommerfrischer-Ortsabgabe. — Ausschreibung der Stadtmusikdirektorstelle. — Zusammenstellung über Unterstufungen an Vereinen usw. — Fürsorge für Kleinrentner usw. — Haushaltsplan für die Stadtkasse auf das Rechnungsjahr 1922. — Kenntnisnahme von der Aenderung des Feuerlöschkassen- und des Forstkassen-Haushaltsplanes. — Vorlage über Deduktion des Gesamtbedarfs für 1922. — Erhöhung des Schulgeldes für Müllerschüler. — Erhöhung des Wassergeldes. — Festsetzung des Gewerbesteuerzuschlages für die Gemeinden. — Drucklegung des Haushaltsplanes. — Hierauf öffentliche Sitzung.

Aus einem Nachgewitter am Mittwoch hat sich ein regelrechter Landregen entwickelt, der den Fluren das so dringend nötige Raß bringt, aber auch den tiefgesunkenen Wasserstand der einzelnen Gewässer und den Grundwasserstand heben wird. Manche Gemeinde hat ja schon arge Trinkwasser-Kalamität und auch der Spiegel unserer Talsperre ist schon tief gesunken, ein groß Stück Land unterhalb der Vorpferre liegt trocken. Ueber den schlechten Wasserstand der Elbe mußten wir in erst in gestriger Nummer berichten.

Zum Rückgang der Maul- und Klauenseuche macht das Wirtschaftsministerium bekannt, daß mit Rücksicht auf den weiteren Rückgang der Maul- und Klauenseuche die verschärften Vorschriften des § 45 unter a und e der Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 für das Klauenvieh außer Kraft gesetzt werden, das aus den preussischen Regierungsbezirken Gumbinnen, Allenstein, Stralsund, Schleswig, Lüneburg, Osnabrück und den Freistaaten Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg nach Sachsen eingeführt wird. Soweit hiernach die angegebenen

Vorschriften für Klauenvieh aus anderen deutschen Landes-teilen noch in Wirkung bleiben, gelten zugleich die Ausnahmestimmungen der Verordnung vom 10. Januar 1921. Uebrigens wird nachgelassen, daß bei Schweinen, die mit der Eisenbahn nach Sachsen eingeführt werden, auf die zehntägige Beobachtungszeit die auf die Eisenbahnbeförderung entfallenden Tage mit angerechnet werden.

Die Mitgliederzahl des Landesvereins Sächsischer Heimatklub hat die 20000 erreicht. Am 1. Januar waren es noch 12500.

Seyde, 13. Juli. Heute vor 50 Jahren entzündete ein Blitzstrahl die hiesige alte Schule.

Kreischa. Nach 20jähriger Pause soll nächsten Sonntagabend hier ein Schulfest abgehalten werden.

Die zur Errichtung eines Kriegerehrenmals in Kreischa eingesetzte Kommission prüfte am Montag mit den Vorständen der Ortsvereine die auf Veranlassung des Vereins Heimatklub von den akademischen Bildhauer Reihmann in Dresden angefertigten drei Entwürfe. Nach eingehender Besprechung einigte man sich auf ein Anerbieten des Bildhauers Pfeiffer, der mit Baumeister Weisbach eine Skizze entwerfen will. Das Ehrenmal soll am Kirchhofeingange unter die Erde zu stehen kommen.

Dresden. Landtag. Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung beantwortete die Regierung eine Anfrage des Volksparteilers Stäber, die sich auf einen Vorschlag in Oberplanitz bezog, wo der mit der Aufbewahrung der Listen für das Volksbegehren beauftragte Beamte von drei sozialistischen Gemeindevertretern gezwungen worden ist, ihnen Einblick in diese Listen zu gewähren. Der Regierungsvertreter teilte mit, daß der Vorschlag der Staatsanwaltschaft übergeben sei. Der Entwurf eines Altersgrenzengesetzes, der als nächster Punkt auf der Tagesordnung stand, wurde in dritter Lesung in der Ausschusssitzung angenommen. Die Minderheitsanträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Verschiebung der Altersgrenze vom 65. auf das 68. Lebensjahr und auf Verschiebung der Inkraftsetzung wurden abgelehnt. Bei der Besprechung des Haushalts des Justizministeriums verlangten die Kommunisten ein Reichsgesetz über die Abschaffung und Wählbarkeit der Richter durch das Volk. Der Ausschuss beantragte eine Amnestie für politische und Hof-Delikte. Der Amnestieantrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Bei der Abstimmung wurden die auf der Tagesordnung stehenden Etatkapitel angenommen unter Ablehnung bürgerlicher Minderheitsanträge. Die Bürgerlichen stimmten gegen das Gehalt des Ministers sowie gegen die Amnestievorlage. Der kommunistische Antrag ging in veränderter Form an den Rechtsausschuss. Ein Beschluß des Rechtsausschusses, durch den die Regierung auf den Weg der Einzelbegnadigung verwiesen wird, wurde ebenfalls angenommen. — Eine lebhaftere Aussprache entspann sich dann beim Polizeietat. Ein Vertreter der Regierung hatte eine Aussprache über die Zwickauer Vorgänge wegen der Abwesenheit des Ministers, der dienstlich in Berlin zurückgehalten wird, für zwecklos erklärt. Die Redner der Bürgerlichen gingen aber trotzdem eingehend auf die Zwickauer Ausschreitungen ein. Der Deutschnationale Eckardt sagte der Landespolizei den Dank seiner Partei. Als der Abg. Voigt von der Deutschen Volkspartei auf die Ausschreitungen in anderen Teilen Sachsens zu sprechen kam, erhob sich auf der Linken ein großer Lärm, der die Ausführungen des Redners teilweise unverständlich machte. Die Vertreter der Linken stellten fest, daß die Teilnehmer an den Ausschreitungen der organisierten Arbeiterschaft nicht angehört hätten, und die Unabhängigen bezeichneten es als politische Mordanschlag an den Gewerkschaften und an der Zwickauer Arbeiterschaft, wenn man sie für die Ausschreitungen der Räuberbanden verantwortlich mache. Bei der Abstimmung wurden die Etatkapitel angenommen. Einstimmig genehmigt wurden 18 Millionen Mark für einen Neubau der Chemischen Institute der Technischen Hochschule, sowie 7 200 000 M. für den Erweiterungsbau der Uhrmacherschule Glasbütte. Die Kosten für Wohnungsneubauten für Professoren und Beamte bei der Universität Leipzig wurden gleichfalls bewilligt. Der Donnerstag wird die entscheidenden Gesamtstimmungen über den Haushalt 1921 und 1922 bringen. Das Ergebnis ist nach der plötzlichen Schwankung der Kommunisten allerdings nicht mehr zweifelhaft.

Dresden, 12. Juli. Heute wurde in Dresden das endgültige Abstimmungsergebnis über das Volksbegehren auf Landtagsauflösung im ganzen Lande festgestellt. In Ost-sachsen wurden endgültig 333 370 Stimmen gezählt. Da Leipzig 221 878 Stimmen und Chemnitz 263 530 Stimmen abgegeben haben, ist das Gesamtergebnis in ganz Sachsen 818 778 Stimmen für das Volksbegehren. Es ist jedoch so

Gut wie sicher, daß der Volksentscheid nicht durchgeführt zu werden braucht, weil der Landtag sich Ende August selbst auflösen wird. Die Neuwahlen sollen Ende Oktober stattfinden.

Wie verlautet, wird der Landtag nach seiner Vertagung am heutigen Donnerstag noch einmal am 28. oder 29. August zusammentreten, um gemäß dem Besche über Volksbegehren und Volksentscheid über seine Selbstauflösung zu beschließen. Es soll Aussicht bestehen, daß ein dahingehender Antrag mit großer Mehrheit angenommen wird.

Am Montag wurde auf der König-Johann-Straße in Dresden eine etwa 60 Jahre alte Frau von einer Kraftdrohse angefahren und so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Röhschenbroda. Um der hier bestehenden drückenden Wohnungsnot nach Möglichkeit abzuhelfen, hat der Wohnungsausschuß beschlossen, in solchen Fällen, in denen alleinstehende Personen usw. infolge der allgemeinen Teuerung und der erfolgten Mietpreiserhöhung ihren Haushalt auflösen und bei Angehörigen oder sonstigen Verwandten Aufnahme finden, Prämiert bis zu 3000 M. unter der Bedingung zu gewähren, daß die auf diese Weise im hiesigen Gemeindebezirk freiwerdende Wohnung der Gemeinde Röhschenbroda zur Unterbringung Wohnungsloser zur Verfügung gestellt wird.

Freiberg. Das Schwurgericht verurteilte am Mittwoch dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß den Angeklagten Benne wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Benne hatte am 16. Mai in Döbeln seine Geliebte in die Mulde gestoßen, um sich den Folgen zu entziehen, die aus diesem Verbrechen zu erwarten waren.

Pirna. Seltenes Glück hatte ein junger Mann, dem bei einem Stummel auf der Vogelwiese Uhr und Kette gestohlen worden war. Als er in einer hiesigen Gastwirtschaft einkehrte, kam er dazu, als sich einige Gäste über eine verlorenen Uhr unterhielten, die er sich zeigen ließ und als sein Eigentum erkannte. Der Dieb, der die Uhr wegen Mangels an Bargeld verpfändet hatte, wurde ermittelt und dem Amtsgericht zugeführt.

Die Girokasse Pirna hatte im ersten Halbjahr 1922 einen Umsatz von 1357 Millionen.

In Heidenau erfolgten im ersten Vierteljahr 1922 78 Kirchenaustritte und 4 Wiedereintritte.

Struppen. Die Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hat die ehemalige Soldatenkindererziehungsanstalt Struppen zum Preise von 1 1/4 Mill. Mark angekauft, um in ihr ein Heim zur Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder einzurichten. Besonders die große Bewegung „Stadtkinder aufs Land“, drängt dazu, in möglichst großem Umfange Heime und Erholungsstätten zu schaffen, in denen Kinder aufgenommen werden können, die eines Aufenthalts in frischer Luft und unter veränderten klimatischen Verhältnissen zu ihrer Weiterentwicklung bedürfen.

Königsbrück. Ein dreifacher Raub wurde am Sonnabend bei hellem Tageslicht in der Joh. Weyhmannschen Eisenhandlung ausgeführt. Die Diebe hielten die auf der Ladentafel angebrachte Schreibtafel mitgehen. Sie sind offenbar durch den Laden nach der Hinterseite des Hauses zu entwichen und durch den dort befindlichen Garten unbemerkt entkommen. Die fast völlig ausgeraubte Kasse fand man im Gange nach dem Warenlager auf.

Kamenz. Von giftigen Gasen getötet wurden auf Grube Heze III zwei Arbeiter aus Neuwiednitz und Pulsnitz, die dort mit der Anlage eines Genschachtes beschäftigt waren.

Ostzig. Bei dem gemeldeten „Waffenfund“ handelt es sich um Gewehre ganz alter Konstruktion und um eine Anzahl von Instruktions-Buchstaben, die aufgeschritten waren. Das Gefundene trägt lediglich den Charakter einer Waffenjammung. Von Kriegsmaterial kann keine Rede sein.

Leipzig. Der Gaspreis wurde von 3 M. auf 5 M. heraufgesetzt (der Rat hatte 6 M. verlangt). Lichtstrom wurde auf 6.50 M., Kraftstrom auf 4.50 M. und Wasser auf 2.30 M. erhöht.

Leipzig. Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen die Frau Hoffmann, die beschuldigt wird, den Käschnernmeister Emil Conrad vorfälschlich und mit Ueberlegung ermordet zu haben. Während der Verhandlung erschien bei der Kriminalabteilung der Fischer Raue Jr. und überbrachte in einem Sack einen menschlichen Kopf, den er seiner Angabe nach in der Nähe des Palmgartens am Ufer des Hochflutbettes, also in der Gegend, wo die Mörderin Hoffmann den Kopf ihres Opfers, des Käschnernmeisters Conrad ins Wasser verjens hat, aufgefunden habe. Der Fund wurde sofort dem Gericht übergeben. Sachverständige werden zunächst das weitere feststellen müssen, ehe mit Bestimmtheit gesagt werden kann, daß man in dem aufgefundenen Kopfe wirklich den des ermordeten Conrad vor sich hat.

Sohrenstein-Ernstthal. Auf frischer Tat ertappt wurde hier von der Polizei der 44-jährige Werkzeugschlosser Hermann Kr., als er unter einer Bank im Stadtpark — Liebespäpchen beobachtete. Kr. wird in Verbindung mit zahlreichen noch unaufgeklärten Sittlichkeitsverbrechen gebracht. Der Vorfall erregt hier ziemliches Aufsehen, da Kr. Stadtvorordneter und Führer der Kommunisten ist.

Langenbesen. Infolge verschiedener im Gemeinderat ausgebrochener Streitigkeiten haben sich die bürgerlichen Gemeindevorteiler veranlaßt gesehen, ihr Mandat geschlossen niederzulegen. Die bürgerlichen Vertreter hatten im Gemeinderat die Mehrheit, waren aber in der letzten Sitzung so starken Angriffen ausgesetzt, daß sie ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten mit der linken Minderheit für ausgeschlossen hielten.

Wästenbrand. Die Königswürde erhielt beim Schießen der hiesigen Schützengesellschaft Werkfabrikbesitzer Emil Kühnert. Aus diesem Anlaß stiftete er der Gemeinde 10 000 Mark. Die Zinsen hiervon sollen alljährlich an arme Ortsfamilien verteilt werden. Weiter wurden bei der Festlichkeit 5000 M. zur sofortigen Verteilung an Arme und Kleinrentner gemeldet.

Plauen i. V. Die vom Verband sächsisch-thüringischer Pohnmaschinenbesitzer für den 10. Juli beschlossene Stillelegung

sämtlicher Betriebe ist nahezu restlos durchgeführt worden. In den Amtshauptmannschaften Auerbach und Delsnig ruht der Betrieb vollkommen, und zwar stehen auch die Maschinen der Stoffläderei. Groß ist die Erregung im Falkenstein Bezirk. Auch in Plauen hat schärfste Kontrolle der Betriebe eingesetzt und nahezu alle Stickerieen feiern. Die Maschinenbesitzer sind entschlossen, rücksichtslos gegen jeden arbeitenden Betrieb vorzugehen, so lange nicht eine Einigung mit den Fabrikanten, betreffend Festslegung der Mindestlöhntarife herbeigeführt worden ist.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 12. Juli 1922.

Die Interpellation Dr. Stresemann (D. Sp.) über die Zumulte in Marburg wird, wie der Reichsjournalist Mittelt, in der üblichen Frist beantwortet werden. Auf der Tagesordnung steht dann der Gesetzentwurf zur Regelung von Angelegenheiten der sozialen Versicherung und des Arbeitsrechtes bei der Durchführung des Vertrages von Versailles. Die Vorlage wird angenommen.

Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Die zweite Lesung wird fortgesetzt. Zunächst findet die Abstimmung über den grundlegenden § 1 statt. Dieser lautet: „Wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt, zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslanglichem Zuchthaus bestraft. Ist in Verfolgung dieser Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden, so wird jeder, der zur Zeit der Tat an der Vereinigung oder Verabredung beteiligt war und ihres Bestrebungen kannte, mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft.“

Der § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen. Das gegen Rimmten nur einige Deutschnationale und die Bayernische Volkspartei.

Nach § 1a wird derjenige, der an einer Verabredung teilnimmt, mit Zuchthaus bestraft, wenn die Bestimmung eines im § 1 genannte Bestrebungen verfolgt.

Hg. Roosen (Kom.) verlangt die ausdrückliche Festsetzung des Justizministers, daß das Gesetz nicht gegen Lind angehandelt werde.

§ 1a wird unverändert angenommen.

Nach § 1b bleibt ein Teilnehmer straflos, wenn er Anzeige erstattet. Wer von dem Dasein einer solchen Verbindung oder von einem Mordplan Kenntnis hat, wird mit Zuchthaus bestraft (§ 1b), wenn er es unterläßt, Anzeige zu erstatten. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn die Anzeige von einem Geislichen bei Ausübung des Seelsorge hätte erstattet werden müssen. Strafrecht bleiben Verwandte auf- und absteigender Linie und Ehegatten, wenn sie sich nach Kräften bemüht hatten, den Täter von der Tat abzuhalten. Ein Antrag Dr. Stresemann (D. Sp.), dem Seelsorger den Rat und den Hochschwall gleichzustellen, wird abgelehnt. Über einen weiteren Antrag Dr. Stresemann (D. Sp.), auch Geistlicher unter denselben Voraussetzungen straflos zu lassen wie Ehegatten usw., wird durch Hammerprung abgestimmt. Der Antrag wird mit 200 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Reichsparteien, das Zentrum und die Demokraten.

Nach § 2 wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft, wer gegen republikanische Regierungsmitglieder Gewalttätigkeiten begeht oder dazu aufzuredet, wer öffentliches Verleumdungen gegen Regierungsmitglieder auspricht, wer solche Taten verherrlicht oder begünstigt, wer an staatsfeindlichen Verbindungen teilnimmt, wer von verborgenen Dingen Kenntnis hat und nicht Anzeige erstattet.

Hg. Roosen (Kom.) beantragt, auch ausdrücklich die monarchistische Agitation in diese Strafbestimmungen einzubeziehen.

Die deutsche Krise.

Die Gestaltung des Markkurses gleicht einer Kette nach dem Mond. Unserer Baluta geht die Lebenskraft und der Atem aus. Sie wird zum wertlosen Objekt, zum Schein. Der Dollarkurs hat 500 weit überstiegen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel noch lange nicht abgeschlossen ist und daß der Entwertungsprozess der Reichsmark sich auch in den kommenden Wochen fortsetzen wird. Wir sind heute soweit, daß alle Lohn- und Gehaltsaufbesserungen fragwürdig werden. Denn was heute gewonnen wird, das geht in wenigen Tagen durch einen erneuten Sturz der Mark wieder verloren, der die Weise ins Uferlose beschleunigt.

Der Entwertungsprozess der Reichsmark ist unaufhaltsam. Wenn er in den letzten Wochen so verhängnisvolle Fortschritte gemacht hat, so sind diese ohne Zweifel auf den Mordmord zurückzuführen, der am Johannistag von biblischer Hand an dem Reichsminister Rathenau verübt worden ist. Die Wurzel des Übels liegt aber letzten Endes an der Ueberforderung Deutschlands, an dem unheiligen Gewaltfrieden von Versailles, der Deutschland auf Jahre hinaus in eine finanzielle Verflavung gezwungen hat. In England erkennt man heute ganz deutlich, daß das Gewaltdiktat der Friedenskonferenz schuld ist an all dem Elend, das über Deutschland herein gebrochen ist und heute ganz Europa in Mitleidenschaft zieht. Der englische Kabinettsrat hat sich unter dem Vorsitz Lloyd Georges eingehend mit der deutschen Krise beschäftigt. Lloyd George, von dem es heißt, daß er sich mehr und mehr zu den Anführern Reines bekehrt, betonte, daß nur die Vereinigten Staaten die Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Krise in der Hand haben, daß aber die Washingtoner Politik, verstärkt durch die Ansichten des Morgan-Komitees, noch jede Beteiligung an europäischen Finanz- und diplomatischen Angelegenheiten abgelehnt habe. Amerika werde diese Politik aufrechterhalten, so lange nicht mindestens zwei der Alliierten, d. h. Frankreich und England, zu einem Einverständnis gekommen wären und einen gemeinsamen Wirtschaftsplan aufgestellt hätten, an dem sich Amerika beteiligen könne. Nach Ansicht der englischen Regierung könne das einzige Mittel zu einem Einverständnis zwischen Frankreich und England nur aus einem beiderseitigen Verzicht bestehen.

Um eine Einigung der beiden Staaten herbeizuführen, soll, wie Reuters aus Regierungskreisen erfährt, Ministerpräsident Poincaré mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage in Deutschland eingeladen werden, nicht erst Ende dieses Monats zu einer gemeinsamen Ministerkonferenz nach London zu kommen, sondern schon früher. Der Zusammenkunft des britischen und französischen Premierministers werde eine Bill-

konferenz des Obersten Rates folgen, auf der Italien und Belgien vertreten sein werden.

Von dem Ergebnis dieser Konferenz wird abhängen, ob Deutschland noch in letzter Stunde von dem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet werden oder ob sein Schicksal durch die ungnädige Politik Frankreichs und seiner Vasallen endgültig besiegelt werden soll.

Das Schutzesetz im Reichstage.

Eine Rede des Kanzlers.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Reichstag griff auch der Reichskanzler Dr. Brüning in die Debatte ein. Er wies hin auf die lebensschaffende Bewegung, die nach der Ermordung Rathenaus durch das ganze Volk gegangen sei, und daß das Parlament dringend darum gerettet werden oder ob sein Schicksal durch die ungnädige Politik Frankreichs und seiner Vasallen endgültig besiegelt werden soll.

Der Kanzler wendet sich dann gegen seinen Redner, den Abg. Emminger (Bayern. Volksp.), dem die Vorlage als Ausnahmegesetz und insbesondere die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes abgelehnt hatte. Dr. Brüning bezeichnet die Ausführungen Emmingers als Liebertrübungen heilloser Art. Der Staatsgerichtshof sei kein Revolutionstribunal. Der Ton der bayrischen Presse sei ganz unerbittlich. Es werde wieder eine Verschärfung des Kampfes gegen Berlin proklamiert. Der Kanzler spricht von bayrischer Hybris und erklärt, wer mit geschäftlichen Veränderungen drohe, wie Emminger, der verständige sich am Reich. Auch andere Länder hätten Opfer bringen müssen. Diese Drohungen werden auf die Dauer untragbar. Die Gegenstände, die in Bayern dauernd gepredigt werden, bestehen ja gar nicht, Deutschland sollte nicht von der Arbeiterklasse allein gerettet werden, sondern durch die Zusammenarbeit aller Schichten, die nicht in frivoler Weise gefordert werden dürfe. Wenn wir Tage und Wochen verstreuen in der Entgiftung unseres Volkes, und ein neuer Unglück bricht herein, so ist die staatliche Selbständigkeit Deutschlands in Gefahr. Wann war je ein Volk so in Not, wie jetzt das deutsche? Die politische Atmosphäre ist überhitzt und zu einer bedenklichen Hochspannung gestiegen. Ein böser Wahn Nebenregierungen auf den Plan rufen. Es ist eine Liebertrübung, von einer Vernichtung der Selbständigkeit der Länder zu sprechen. Jede Regierung soll mithelfen. Aber in einer Zeit, die unser Volk in allen Fugen erzittern läßt, müssen wir aufs Festeste zusammenhalten. Wenn die Bayern mit uns gehen würden bei der Abschließung dieses Gesetzes, so wäre das die schönste Bürgschaft für den Bestand unseres Vaterlandes.

Der Kanzler wendet sich dann gegen seinen Redner, den Abg. Emminger (Bayern. Volksp.), dem die Vorlage als Ausnahmegesetz und insbesondere die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes abgelehnt hatte. Dr. Brüning bezeichnet die Ausführungen Emmingers als Liebertrübungen heilloser Art. Der Staatsgerichtshof sei kein Revolutionstribunal. Der Ton der bayrischen Presse sei ganz unerbittlich. Es werde wieder eine Verschärfung des Kampfes gegen Berlin proklamiert. Der Kanzler spricht von bayrischer Hybris und erklärt, wer mit geschäftlichen Veränderungen drohe, wie Emminger, der verständige sich am Reich. Auch andere Länder hätten Opfer bringen müssen. Diese Drohungen werden auf die Dauer untragbar. Die Gegenstände, die in Bayern dauernd gepredigt werden, bestehen ja gar nicht, Deutschland sollte nicht von der Arbeiterklasse allein gerettet werden, sondern durch die Zusammenarbeit aller Schichten, die nicht in frivoler Weise gefordert werden dürfe. Wenn wir Tage und Wochen verstreuen in der Entgiftung unseres Volkes, und ein neuer Unglück bricht herein, so ist die staatliche Selbständigkeit Deutschlands in Gefahr. Wann war je ein Volk so in Not, wie jetzt das deutsche? Die politische Atmosphäre ist überhitzt und zu einer bedenklichen Hochspannung gestiegen. Ein böser Wahn Nebenregierungen auf den Plan rufen. Es ist eine Liebertrübung, von einer Vernichtung der Selbständigkeit der Länder zu sprechen. Jede Regierung soll mithelfen. Aber in einer Zeit, die unser Volk in allen Fugen erzittern läßt, müssen wir aufs Festeste zusammenhalten. Wenn die Bayern mit uns gehen würden bei der Abschließung dieses Gesetzes, so wäre das die schönste Bürgschaft für den Bestand unseres Vaterlandes.

Auf der Spur der Mörder.

Fischer und Kern abermals entkommen. Nach einer amtlichen Mitteilung war die Verhaftung der beiden Mörder des Reichsministers Rathenau, dem Ingenieur Hermann Fischer und dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern in der Gegend von Gardelegen auf die Spur gekommen. Trotzdem sofort alle erdenklichen Fahndungsmaßnahmen eingeleitet wurden, ist es anscheinend den Mächtigen, die mit Wäbern ausgerüstet sind, gelungen, den um Gardelegen gelegten Ring der Feldjäger, Polizei- und Forstbeamten zu durchbrechen und nach Silden zu entkommen.

Außer der bereits ausgelosten Summe von einer Million Mark hat die Reichsregierung noch einen weiteren Betrag von einer Million Mark ausgelegt und zwar lediglich für die Personen, welche Fischer und Kern ergreifen oder zur Ergreifung und demnächstigen Ueberlieferung an deutsche Behörden beitragen.

Auf die Ergreifung des Verbrechers, der das Attentat auf den Schriftsteller Maximilian Harden am 3. Juli dicht bei der Wohnung Hardens im Grunewald verübte, ist jetzt eine neue Belohnung von 100 000 Mark ausgelegt worden.

Ein neuer Zahlungsausschub!

Englands Furcht vor einem deutschen Staatsbankrott.

Infolge des katastrophalen Kurssturzes der Mark hatte die Reichsregierung die Staatssekretäre Schröder und Fischer beauftragt, bei den Alliierten die Notwendigkeit eines neuen Moratoriums der Barzahlungen zu betonen. Die Reparationskommission hat sich daraufhin eingehend mit der Frage beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, die Beschlussfassung vorläufig auszusetzen, bis der Bericht des Berliner Generalkomitees in Paris eingetroffen und geprüft sein wird.

Nach einer Meldung aus Paris scheint die englische Regierung diesmal angesichts der unabwehrbaren Folgen eines deutschen Staatsbankrotts auf die ganze europäische Wirtschaft auf energische Abwehrmaßnahmen zu bestehen. In der Sitzung der Reparationskommission soll der englische Vertreter Sir John Bradburn in sehr energischer Form die folgenden Anträge gestellt haben:

Deutschland muß ein mehrjähriges Moratorium der Barzahlungen bewilligt werden.

Die Sachleistungen sind zu ermäßigen. Die am 15. Juli fällige Rate — die sich nach einer Vorbesprechung der Reparationskommission nur auf 20 Millionen Goldmark beläuft — soll zunächst nicht in Anspruch genommen werden, sondern hinterlegt bleiben.

Sämtliche Delegierten sollen dem englischen Antrag zugestimmt haben, nur der Franzose Dubois soll ihn hartnäckig behauptet, später aber auf An-

weisung Poincaré dem Moratorium gemäß dem eng- lischen Antrag zugestimmt haben. Aller Voraussicht nach wird Lloyd George sogleich den französischen Mi- nisterpräsidenten Poincaré zu einem zweiten schnell- lichen Besuch in London einladen. Der Aussprache des beiden Ministerpräsidenten soll dann alsbald eine Zus- sammenkunft des Obersten Rates oder der Botschafter- konferenz gemeinsam mit englischen und französischen Finanzvollmáchtigten folgen.

Politische Rundschau.

Berlin, 12. Juli 1922.

— In Paris haben die Verhandlungen der Reparations- kommission mit der Reparationskommission über die Lieferung von Reparationsgütern begonnen.

— Auf Grund der Verordnung zum Schutz der Kon- stitutionsfreiheit ist die im Freistaat Hessen bestehende Organi- sation des deutsch-völkischen Schutzes und Kampfes mit allen Bestrebungen und Ortsgruppen verboten und aufgelöst worden.

— In der braunkameralistischen Landesversammlung wurde von den Unabhängigen ein Misstrauensantrag gegen den Mi- nister Dr. Koeler (D. B. P.) eingebracht.

— Der Erste Bürgermeister der Stadt Ratibor, Pionisch, ist in Anerkennung seiner Tätigkeit von der Preussischen Re- gierung zum Oberbürgermeister ernannt worden.

— Erhöhung der Eisenbahntarife um 50 Prozent. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung des persönlichen und sachlichen Ausgabens der Reichsbahn und das ständige Sinken des Geldwertes ist eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Fahrpreise zum 1. Oktober dieses Jahres um etwa 50 Prozent in Aussicht genommen.

— Die drohende Ernährungsnot. Der Magistrat der Stadt Berlin hat in einem Schreiben an das preussische Staatsministerium seiner ernstesten Besorgnis über die weitere Entwicklung der Ernährungs- lage Ausdruck verliehen. Nach Ansicht des Magistrats Berlin scheint angesichts der zunehmenden Wirtschaft- lichen Notlage der Bevölkerung nicht mehr fern zu sein, an welchem die große Masse der Bevölkerung die Preise für ausländische Lebensmittel nicht mehr bezahlen kann. Dadurch würde die Ernährung der Bevölkerung Berlins, der selbst die notwendigen Lebensmittel durch die hohen und immer noch steigenden Frachtkosten besonders verteuert werden, aufs äußerste gefährdet. Der Magistrat richtet daher an die Staatsregierung das dringende Ersuchen, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die landwirtschaftliche Produktion im Inland und namentlich in der Nähe der großen Städte zu vermindern.

— 70 Milliarden Zwangsanleihe. Der Steuer- ausschuss des Reichstages hat die Höhe auf 70 Milliar- den festgesetzt. Der gesamte Ertrag der Anleihe soll zur Abdeckung der Sachlieferungen an die Entente be- stimmt sein. Zur Frage der Zuschläge bei zu ge- ringer Vorauszahlung wurde ein Antrag angenom- men, wonach von der erhöhten Zeichnungs- pflicht abgesehen werden kann, wenn Schätzun- gen des Vermögens mit ungewöhnlichen Schwierig- keiten verbunden sind, und wenn der Zeichnungs- pflichtige mit der Vorauszahlung bei dem Finanz- amt unter Vorlegung des Sachverhaltes beantragt, ihn von der erhöhten Zeichnungspflicht zu entbin- den, falls infolge verschiedener Schätzungen bei der endgültigen Feststellung des Vermögens das endgültige Vermögen das vorläufige Vermögen übersteigen sollte. Endlich wurde beschlossen, daß vor dem 31. Dezem- ber gezeichnete Zwangsanleihe nur zum Kurswert, höchstens aber mit 50 Prozent bei der Vermögens- berechnung bewertet werden soll. Der Zeichnungs- preis wurde wie folgt festgesetzt: Juli 94 Prozent, August 96 Prozent, September 98 Prozent, Oktober- November 100 Prozent, Dezember 101 Prozent, Jan- uar 102 Prozent, Februar 104 Prozent, vom März ab 106 Prozent des Nennwertes. — Der „Vorwärts“ glaubt in den Beschlüssen des Ausschusses eine Ver- wässerung des Steuerkompromisses erblicken zu müssen. Die Sozialdemokratie habe dem Steuerkompromiß unter der Voraussetzung zugestimmt, daß eine Zwangs- anleihe von einer Milliarde (nach dem jetzigen Valuta- stand etwa 100 Papiermilliarden) aufgebracht werden soll. Die Forderung der Sozialdemokratie würde nicht erfüllt, wenn das Plenum gemäß dem Antrag des Ausschusses die Höhe der Zwangsanleihe auf 70 Pa- piermilliarden festsetzen würde.

— Die Haltung der Demokraten. Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei hat in einer Ent- scheidung zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen. Er ist grundsätzlich mit den Schritten, die die demokratische Reichstagsfraktion mit den an- deren Regierungsparteien zum Schutze der Republik un- ternommen hat, einverstanden und erwartet eine ein- schließliche Durchführung der nötigen Maßnahmen. Im übrigen ist der Vorstand der Auffassung, daß die demokratische Partei hierbei mit je der Partei zu- sammenarbeiten, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik feststeht.

— Ueberführung der oberitalienischen Gefangenen nach dem Rheinland. Wie Savas mitteilt, sind die von den alliierten Gerichten in Oberitalien wegen „Anschlages gegen die Besatzungstruppen“ verurteilten 28 Personen vorläufig im Militärgefängnis Mainz untergebracht worden. Ihre Verteilung auf die Ge- fängnisse des besetzten Gebietes soll durch einen von der interalliierten Rheinlandkommission eingesetzten Sonderausschuss vorgenommen werden. Wahrscheinlich werden die zu Justizhaus Beurteilten im Gefängnis Rheinbach, die zu Gefängnis Beurteilten in Ander- nach ihre Strafe verbüßen.

— Beamtenhaft und Schutzgesetz. Die Reichsregie- rung hatte die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten zu einer Besprechung im Reichstag ein- geladen, um ihnen die Bestimmungen des neuen Ge- setzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik auseinanderzusetzen. Während der Be- treiter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes den Gesetzentwurf in seiner Tendenz grundsätzlich billigt und nur gewisse sachliche Vorbehalte machte, äußerten die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und des

Gesamverbandes deutscher Beamten- und Staatsange- hörigen-Vereinigungen lebhaftes Bedenken gegen den Entwurf. Sie wiesen darauf hin, daß das jetzt gel- tende Reichsbeamtengesetz bei richtiger Anwendung voll- kommen genüge, um den Schutz der Republik zu er- füllen. Der Vertreter des Reichsbundes der höhe- ren Beamten machte mit erstem Nachdruck darauf auf- merksam, daß sich in den Kreisen der Beamenschaft, aus denen sich die Mitglieder seiner Organisation re- krutierten, tiefgehende Erregung über den Gesetzent- wurf zeigte. In ausführlicher Darlegung betonte er einzelne sachliche Bedenken und lehnte im allge- meinem den Gesetzentwurf als nicht tragbar für die höhere Beamenschaft ab. Der Landesverband der Hö- heren Bayerischen Staatsbeamten hat eine Resolution gegen das Gesetz erlassen. Der Gesetzentwurf be- deutet, so heißt es in dem Protokoll, die Freiheit der politischen Betätigung in unerträglicher Weise, untergrabe das Berufsbeamtentum und beraube den Staat seiner zuverlässigsten in schwersten Zeiten er- probten Stütze. Durch die Errichtung eines Ausnahme- gerichtes werde der Beamte seinem ordentlichen Richter entzogen.

— Die alten Hofbesitzer am Reichstagsgebäude. Der Ausschuss für die Ausschmückung des Reichstags- gebäudes beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit einem Beschlusse des Reichstages und einem Vorschlag des Reichsministeriums des Innern, die Hofbesitzer der alten Staatsform an öffentlichen Gebäuden zu befreien, am und im Reichstagsgebäude nachgekom- men werden kann. Es wurde beschlossen, zunächst die Kronen auf den Fahnenmasten zu befreien und für die Befreiung der Krone auf der Kuppel und der Kronen auf den Giebeln ein künstlerisches Gut- achten und einen Kostenschlag einzufordern. Ein Gesamtkostenanschlag über die sonstigen Umgestaltun- gen am Reichstagsgebäude, das mit monarchischen und kriegerischen Emblemen sehr stark versehen ist, soll erst nach einer Besichtigung durch namhafte Architekten und Kunstfachverständige aufgestellt werden. Die Frage der Befreiung oder Befreiung des Standbildes Wil- helm I. in der Wandelhalle wurde auf einen späte- ren Zeitpunkt vertagt.

— Der Präsident der gemischten Kommission für Ober- schlesien hat mit den polnischen und deutschen Mi- nistern beim polnischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet.

— Der bisherige Vorsitzende der Interalliierten Kommi- sion für Oberschlesien, General de Bondy, ist in Paris ein- getroffen. Vor seiner Abreise aus Opatowitz ist ihm von der polnischen Regierung (1) der weiche Adelsorden verliehen worden.

— Die endgültige Verlustliste der Kämpfe in Lublin (Po- land) umfasst an Toten 19 Soldaten und 75 Zivilisten, an Verwundeten 111 Soldaten und 281 Zivilisten.

— Oesterreich: Entschärfung der Wiener Hochschulen. Der Wiener Stadtrat beschloß die Abschaffung des konfessionellen Schulbetriebes in den Volkshochschulen Wiens und in seiner Stelle einen von der Lehrerkonferenz auszuwäh- lenden Spruch für alle Kinder ohne Rücksicht auf ihre Religions- angehörigkeit.

— Ungarn: Todesurteil gegen einen Epion. Der ehemalige ungarische Oberleutnant Gabriel Komhal, der wichtige militärische Geheimdokumente der Preßburger israelitischen Epionagenagentur verkaufen wollte, wurde auf Anweisung einer Personlichkeit, die er ebenfalls zur Epionage verleitete, verhaftet. Er legte ein un- geländes Geständnis ab und wurde durch das Budapest- er Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde bereits vollzogen.

— Frankreich: Die deutsche Reparationspflichtung am 15. Juli. Die Reparationskommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, auf die Frankreich zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17 892 802,30 Goldmark anzurechnen, die sich ergeben aus Zinsen aus dem Referenzfonds der Kommission sowie aus Zahlungen, die von der luxemburgischen Regierung für die Kohle und von dem Textilverbande für die in der Zeit vom 1. November 1921 bis 30. Juni 1922 gelieferten Farba- stoffe geleistet wurden. Der Betrag, den Deutschland am 15. Juli noch zu zahlen hat, vermindert sich von 50 Millionen auf 32 107 397,70 Goldmark.

— Streikdrohungen der Ruhrbergarbeiter. Raum ist dieser Streit, der durch die Stilllegung der großen politischen Presse der Reichshauptstadt gerade in einer besonders kritischen Zeit weit größere Bedeutung als ein gewöhnlicher lokaler Lohnkampf hatte, beendet, als sich auf einem anderen Gebiet neue drohende Streikvorfälle zusammenzogen. Im Ruhrgebiet hat sich die Lage so zuspitzt, daß die Befürchtung eines großen Bergarbeiterstreiks in bedrohliche Nähe gerückt worden ist. Welche ungeheure Gefahr gerade heute für unser Wirtschaftsleben in einem solchen Streik liegen würde, das braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Aus diesem Grunde ist Reichsarbeitsminister Brauns persönlich nach Essen gefahren, um mit allen Mitteln eine Verständigung über den neuen Manteltarif, um den sich der Kampf dreht, auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es besteht begründete Aussicht, daß die Bemühungen des Ministers zu einem Erfolg führen werden, insbeson- dere, da die christlichen Bergarbeiterverbände erklärt haben, daß vor einem eventuellen Streik alle Ver- handlungsmöglichkeiten restlos erschöpft sein müßten. Die freigeberischen Verbände wollen aber eben- falls schon früher zu dem Mittel der Massenkün- digung greifen. Sie haben zum 14. Juli eine Bergarbeiterkonferenz nach Dortmund einberufen, auf der die Entscheidung fallen soll. Es steht aber, wie gesagt, zu hoffen, daß es den persönlichen Anstrengun- gen des Reichsarbeitsministers gelingen wird, das Feuer zu vermindern und somit eine für das deutsche Wirtschaftsleben sehr ernste Gefahr im letzten Augenblick abzuwenden.

— Das neue Moratorium. Berlin, 12. Juli. Nach einer Privatmeldung aus Paris ist man dort in offiziellen Kreisen der Gewährung eines vierjährigen Zahlungsaufschubs an Deutschland nicht abgeneigt, unter der Voraussetzung, daß Deutschland mit der Sanierung seiner Finanzen Ernst macht. Ein offizielles Stundungsgesuch der Reichsregierung sei bisher noch nicht überreicht worden.

— Beginn der Reichstagsferien. Berlin, 12. Juli. Im Reichstag wird mit dem Abschluß des gegenwärtigen Tagungsabschnittes frühe- stens am Sonnabend dieser Woche gerechnet. Der End- termin hängt noch von der Erledigung des Reichs- kriminalpolizeigesetzes ab, das am Freitag im Reichs- tag zur Beratung gestellt werden kann.

— Das Schicksal der fünf Reichsbedürftigen. Berlin, 12. Juli. Die Grenzkommission in Posen erhielt ein Schreiben des Vorsitzenden der interalliierten Grenzkommission mit der Befehung, un- verzüglich durch polnische Landwirte im Einvernehmen mit deutschen die Wiedergabe der Grenze rings um Reichsel auf der Linie westlich Gornice bis zur Dan- niger Grenze bei Biedel zu veranlassen. Die Befehung erfolgte auf Grund der Entscheidung des Hoch- richters. Innerhalb dieser Grenze befinden sich die fünf Reichsbedürftigen.

— Der Reichsfinanzminister zu den neuen Beamtenfor- derungen. Berlin, 12. Juli. Der Reichsfinanzminister hat die Spitzenorganisationen auf deren Ersuchen zu neuen Tarifverhandlungen schriftlich geantwortet, zunächst mit Ihren Forderungen zurückzuführen. Die Zurück- haltung der Anträge sei seiner Ansicht nach im gegen- wärtigen Zeitpunkt um so mehr angebracht, als die Behaltsregelung erst vor kurzem erfolgt sei und die Rückzahlungen auf Grund der Juntoregelung in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle noch nicht aus- gesprochen seien, so daß im Gegenwärtigen eine Not- lage nicht vorliege. Der Minister sei selbstverständlich bereit, die Wünsche der Beamenschaft eingehend zu prüfen und sobald eine Notlage sich herausstelle, das Mögliche zu veranlassen.

— Aus Stadt und Land. Erwerb einer Marienburger Reichsbedürftigen. Die Gattin des Schriftleiters der rechtsstehen- den „Marienburger Zeitung“, Frau Dr. Reiz, wurde durch einen Schuß von der Straße durchs Fenster getötet. Dr. Reiz war nach der Ermordung Kaiser- nach von den Arbeiterparteien aufgefordert worden, seine Berichte über den Mord erst von den Arbeitern annehmen zu lassen. Da er dies ablehnte, erhielt er fortgesetzt Drohbriefe und fand auch eines Tages eine Bombe in seiner Wohnung, die nur durch Berühren der Bombe nicht explodiert war. Ähnlich wurde vor seiner Wohnung geklärt. So auch Wittwoth Wil- dermatt. Als seine Gattin aus Fenster ging, um hin- auszugehen, erhielt sie einen Schuß in die Stirn, der augenscheinlich für den Schriftleiter bestimmt war. Die Untat hat zu zahlreichen Verhaftungen Ange- richteter Personen geführt. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mark aus- gesetzt.

— Schwere Zusammenstoß in Südspanien. Auf dem Bahnhof Parades bei Valencia stießen ein Schnell- zug und ein Personenzug heftig zusammen. Beide Züge wurden völlig zertrümmert. Bis jetzt wurden zwölf Tote geborgen. Die Zahl der Verletzten soll bedeutend sein.

— Politische Schieberen in Sizilien. Im siz- ilianischen Dorf Lentini verlangte eine Volkswirt- schaft die Freilassung einiger sozialistischer Führer die wegen der Herstellung von Bomben verhaftet wor- den sind. Als die Menge Steine gegen das Gefäng- nis warf, schoß die Polizei. 14 Personen wurden getötet und mehrere verwundet.

— Weltmeister-Match zwischen Dempsey und Wills. Aus New York wird gemeldet, daß die Manager der Boxer Dempsey und Wills einen Vertrag für ein demnächst stattfindendes Match um die Weltmeis- terschaft im Schwergewicht abgeschlossen haben.

— Ein japanisches Luftschiff durch Explosion ver- nichtet. Aus Tokio wird gemeldet, daß ein britisches Luftschiff, das im vergangenen April der japanischen Regierung geliefert worden ist, in Yokosuka durch eine Explosion, deren Grund nicht festgestellt werden konnte, zerstört worden ist. Es sind keinerlei Opfer an Men- schenleben zu beklagen.

— Kleine Nachrichten. In der japanischen Hauptstadt Tokio explodierte ein aus England bezogenes Marine-Luftschiff. Es wurde samt der Besatzung zerstört.

— Volkswirtschaft. Berlin, 12. Juli. (Börse.) Während des Berliner Zeitungstreits waren die fremden Devisen stark in die Höhe getrieben worden, der Dollar Kettere bis weit über 300, holl. Gulden bis über 20 000. Entsprechend stiegen auch die Effektenkurse, doch war deren Haufe bald durch die Geldknappheit und durch die dadurch bedingte geringe Nachfrage begrenzt. Gestern legte der Rückschlag auf die Katastrophenhaufe ein. Meldungen über Erleichterungen für Deutschland in der Reparationsfrage hatten ein hartes Nachlassen der fremden Devisen zur Folge, sie fielen von ihrer ungesunden Höhe teils beträchtlich herunter. Der Ver- kehr auf dem Effektenmarkt war schwach, die Kurse hielten sich meist auf gleicher Höhe wie gestern, teilweise gingen sie ein wenig zurück.

— Berlin, 12. Juli. (Schlachtviehmarkt.) Um- satz: Auftrieb: 1018 Rinder, 1550 Kälber, 3868 Schafe, 5807 Schweine, 67 Flegel, 109 Schweine aus dem Wemels- gebiet. Preise: Kälber 2500—3100, Bullen 2500—3400, Rinder 1400—3500, Kälber 2600—4300, Schafe 1700—3800, Schweine 5500—6650 M. Marktverlauf: In allen Gat- tungen glatt.

— Das Geheimnis von Dubshinka. Kriminalroman von Erich Oberstein. (1. Fortsetzung.) „Im, das ist allerdings ein ganz nettes Süm- chen. Aber man muß sich da erst recht fragen, wie diese Leute, die doch auf Ihre Annonce sicher zahl- reiche Angebote bekommen, bei einem so nobel bemes- senen Salair gerade auf Sie, die Anfängerin, ver- fielen?“ sagte Hempel nachdenklich.

„Nicht wahr? Darüber habe ich mich auch schon gewundert. Ich hatte doch weder Zeugnisse noch Re- ferenzen — nichts als mein Reisejournal vom Re-

dogmatum." Sie lächelte ein wenig. "Es muß wohl auch ein wunderbar gut gemeinter Zufall des Schicksals sein, der mir gerade im Augenblick der Not dieses Engagement zuführte."

"Über — die Sache hat einen Haken!"

"Sie meinen?" Helene sah ihn erschrocken an. "Daran habe ich noch gar nicht gedacht! Aber was könnte —?"

"Unsinn!" rief der Maler ärgerlich. "Wenn du nichts weiter weißt, als dem Fräulein bange machen —"

"Dazu liegt allerdings bis jetzt kein Grund vor. Aber du kennst meine Art, auch das Unscheinbarste zu beachten. Dieses Engagement kommt mir auffallend vor."

"Hören Sie nicht auf ihn. Er ist ein geborener Schwarzseher und das von Berufs wegen dazu! Überall wittert er gleich was. Hören Sie lieber auf mich. Die Gräfin ist eine allerliebste, großangelegte und sehr vornehme Dame, mit der sie gewiß aufs Beste auskommen werden. Ich habe sie vor sechs Jahren, knapp ehe sie sich verheiratete, in Wien gemalt."

"Ach, wirklich?"

"Ja. Sie war mit ihrer Mutter und einer Schwester zur Saison dorthin gekommen. Ich glaube — die Schwester — Harriet hieß sie — nahm auch Stunden bei Meister Beschäftigt. Grace — die jetzige Gräfin Koschwinski — kam mit ihrer Mutter etwa acht bis zehnmal in mein Atelier, und diese Sitzungen waren entscheidend durch Grace Morgans geistvolles Geplauder."

"Morgan? Sind Sie etwa Verwandte des berühmten Pierpont Morgan?"

"Nein. Ich glaube, gar nicht verwandt. Aber diese Morgans sind ebenfalls sehr reich. Man sprach damals von neun oder zehn Millionen. Das Geld steht in Kohlenbergwerken und wird von einem Verwandten drüben in Amerika verwaltet. Der Alte ist nämlich schon lange tot, und Frau Morgan soll insofern, wie ich gehört habe, auch gestorben sein. Übrigens dürfen Sie nicht glauben, daß Grace ihren Mann in der blassen Abelsucht, die viele amerikaische Erbinnen besetzt, heiratete. Sie soll sich, wie mir die Mutter feinsinnig erzählte, auf den ersten Blick in ihn verliebt haben. Er natürlich auch — wenigstens tat er so. Viele behaupteten freilich, es seien in erster Linie die Millionen, in die er sich verliebte. Die Welt ist ja so bössartig! Obwohl — ich will es nicht gerade in Abrede stellen, denn Frau Morgan selbst war nie sehr enttäuscht von der Heirat und reiste auch gleich nach der Trauung zurück in die Heimat. Seitdem war sie nicht mehr in Wien."

"Und die Gräfin? Wissen Sie nicht, ob sie glücklich geworden ist?"

"Vermutlich! Wenigstens hörte ich nie das Gegenteil. Koschwinskis waren bis jetzt, so viel ich weiß, meist auf Reisen oder auf ihrem großen Gut Mendowan in Wallisien."

"Nicht auf Dubshinka?"

"Nein. Ich wußte gar nicht, daß sie dies gekauft hatten. Es gehörte, glaube ich, bis vor kurzem den Danas. Mendowan aber war seit Jahrhunderten Koschwinskisches Eigentum, nur ganz verrottet und verschuldet. Nach der Heirat wurde es restauriert. Und das ist alles, was ich weiß. Sie sehen, Gräfin Grace ist kein Feuerbräute, vor dem Sie sich fürchten müssen. Außerdem hat sie das schönste braunrote Haar und die süßesten blauen Märchenaugen, die ich kenne."

Helene blickte Elias Sempel an.

Jede Dame jeder Herr liebt

Dixin
das
Spänkere
Seifenpulver

Höchste Waschkraft
Größte Ergiebigkeit

Wie neu reinigt Gemisch, färbt, bügelt

Reinigungsanstalt Theodor Kunst, Dippoldiswalde.

Annahmen: Anna Vogel, Kipsdorf, Botenfrau Raßl, Ringe Wierzell. Niedrige Preise.

Turnv. Jahn

Morgen Freitag abend 7 1/2 Uhr im „Amthof“

Turnverein „Einigkeit“, Niederfrauendorf und Umgegend.

Sonnabend den 15. Juli bei schönem Wetter Wanderabend nach Wagen. Abmarsch 7 1/2 Uhr mit Marschmusik. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen der Vorst.

Erbergericht Höckendorf.

Nächsten Sonntag Bogelschießen nebst Ball Karussellbelustigung.

Tüchtige Schlosser

möglichst aus der landwirtschaftlichen Maschinenbranche sucht

Maschinenfabrik Dippoldiswalde Erich Bönne.

Maufiger Warmor-Weißstüdfalt

zum Bauen, Weihen und Dängen frisch eingetroffen.

Dr. med. W. Zeese Arnikahaarwasser

D. R. M. ge. gel. ist ein nach langjähr. Erf. erprobtes zusammengefasstes medicamentöses Haarpflanzmittel, welches von vielen Spiegelärzten bei allen Haarwurzelkrankungen und durch irgend welche Krankheit bedingten Haarausfall warm empfohlen wird.

Numoderne Hüte

werden wieder auf neu vorgest. Art in der Färberei Kunst.

Schlacht- pferde

kauft in den höchsten Tagespreis. Schlacht- pferde Paul Eder. Tel. 77.

Dr. med. W. Zeese Arnikahaarwasser

Herrmann Lommahsch, Drogerie zum Befanten. Ehrliches, ordentliches Hausmädchen für 1. Juli oder 1. 8. gesucht. Elf Stephan, Dippoldiswalde, Freiberg, Str. 109

Druckbogen für Gemeindebehörden liefert Carl Jehne.

"Ich sage ja auch nicht, daß der Haken bei der Gräfin liegt," bemerkte er eigenfönnig, "ich behaupte nur, es ist einer da, nun, weil er eben da sein muß."

"Aber was soll ich denn tun?"

"Die Augen offen halten — nichts weiter. Merken Sie, daß man irgend etwas von Ihnen verlangt, das Ihnen gegen den Strich geht, dann schreiben Sie es mir. Darf ich überhaupt fragen, wie Sie heißen?"

"Helene Biron."

"Danke!" Sempel hatte sich den Namen in sein Notizbuch geschrieben. Dann überreichte er Helene seine Karte. "Die Adresse ist unten vermerkt, Verwardgasse 7."

Auch Lindemann zog nun hastig seine Karte. "Ach nein, bitte schreiben Sie mir. Auch wenn nichts Besonderes vorkommt. Schreiben Sie mir überhaupt — von Zeit zu Zeit — wie es Ihnen geht — was Sie treiben. Ja? — Wollen Sie?"

Helene nahm errösend die Karte und sagte nicht ja noch nein. Es wäre ja fürchtbar unpassend gewesen, sie wußte es. Tante Dux hätte ihre kälteste Hofratstomene aufgesetzt bei dem bloßen Gedanken und ihre schönste Moralpredigt vom Stapel gelassen.

Aber — er war doch ein prächtiger Mensch, dieser impulsive, unbesangene, frohliche Maler Lindemann!

Wie war Helene eine Zeit so angenehm und schnell vergangen, als diese vier Stunden Eisenbahnfahrt. Sie hatte so viel an das zu denken, was ihr Peter Lindemann von sich, seinem Leben und aus der Helene ganz unbekanntem Künstlerwelt erzählt hatte, daß sie an ihren neuen Posten erst wieder dachte, als der Wagen das Parktor passierte und durch eine unbeleuchtete Allee sich dem Herrenhause näherte. Keinesfalls verdiente Dubshinka den Namen Schloß.

Es war ein langer, kahler, fast kafernenmäßig aussehender Bau, sehr vernachlässigt im Neuberger und von hohen, nun bereits herbstgelben, spärlich belaubten Kistern überhöhet. Auch der Park ringsum war, soweit man im Schein der einzigen Torlaternen sehen konnte, verwildert und arg verwachsen. Aus seinen düstern Alleen schlug ein feuchter, modriger Geruch von faulenden Blättern und nie ganz austrocknender Erde.

(Fortsetzung folgt.)

Druckbogen für Gemeindebehörden liefert Carl Jehne.

1918 * Der Dichter Gustav Freytag zu Kreuzburg in Schlesien (* 1830) — 1895 * Der Kunsthistoriker Anton Springer in Prag (* 1891) — 1870 Unterredung zwischen König Wilhelm von Preußen und dem französischen Vorkämpfer Benedetti in Bad Gms — 1899 * Der österreichische Dichter Robert Hamerling in Glog (* 1830) — 1920 Friedensschluß zwischen Btanan und Sowjetrußland.

* Der Stand der Markt. Es folgten noch den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	12. 7.	11. 7.	1914
100 holländische Gulden	17179	18876	1 67.- M.
100 belgische Franken	3488	3710	80.- "
100 dänische Kronen	9563	10438	112.- "
100 schwedische Kronen	11486	11515	113.- "
100 italienische Lire	1718	3197	80.- "
1 englische Pfund	1978	1983	20.- "
1 Dollar	447	480	4.20 "
100 französische Franken	-	8885	80.- "
100 schweizerische Franken	-	9189	80.- "
100 tschechische Kronen	1024	1189	- "

Letzte Nachrichten

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Berlin, 13. Juli. Wie die Tl. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird der Reichspräsident angesichts der ungeklärten politischen Lage seine Kur in Freudenstadt unterbrechen und nach Berlin zurückkehren. Er folgt dabei einem besonderen Wunsch des Reichskanzlers.

Die deutschen Zahlungen.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Entsprechend der Entscheidung vom 21. März 1922 durch die Deutschlands Zahlungen im Jahre 1922 festgelegt wurden hat die Reparationskommission in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, auf die Frankreich von Deutschland zu leistenden Zahlungen einen Betrag von 17 892 802 Goldmark anzurechnen, die sich ergeben aus den Zinsen und dem Reservefonds der Kommission, sowie aus den Zahlungen, die von der luxemburgischen Regierung für Kohlen und dem Textilverbande für die in der Zeit vom 1. November 1921 bis 30. Juni 1922 gelieferten Farbstoffe geleistet wurden. Die Beträge, die Deutschland vom 15. d. M. ab noch zu zahlen hat, vermindern sich von 30 Millionen auf 32 107 398 Goldmark.

Sport und Spiel.

Fußball.

Am Sonntag den 9. Juli spielte die 1. Elf des Turnvereins „Frisch auf“ in Wöhrden. U. Sp. Cl. „Eiche“ Eichwald 1. Elf als Gegner. Das Spiel begann bei schönem Wetter vorm. 9 1/2 Uhr. Sp. Cl. „Eiche“ hatte Anstöß. Nach Minuten guter Kombination endet Sp. Cl. unhalbar ein. „Frisch auf“ findet sich schwer zusammen, doch gelingt es in der 8. Minute, auszugleichen. Sp. Cl. „Eiche“ war im Kombinieren besser, es fehlte ihm aber das nötige Schußvermögen vom Tor, welches bei Dippoldiswalde nicht fehlte. Bei einem Stande von 4:3 für „Frisch auf“ werden die Seiten gewechselt. Das Spiel wagt auf und ab, bis es Mattha gelang, sein 4. und zugleich 5. Tor für Dippoldiswalde unhalbar einzulegen. In der 75. Minute 11-Meter-Ball für Sp. Cl. „Eiche“. Sie wird gut geschossen und landet im Tor. Nun wird das Spiel interessant, bis es Sp. Cl. „Eiche“ gelingt, eine Minute vor Schluß das ausgleichende Tor zu schießen. Resultat 5:5. — Ganz besonders hervorzuheben ist die gastfreundliche Aufnahme der Dippoldiswalder in jeder Beziehung, sowie die außerordentliche Hingabe der Mitglieder und Einwohner, ihnen ein paar genutzreiche Stunden zu bieten, die eine gute Erinnerung bleiben werden.

181. Sächsische Landeslotterie.

2. Klasse, 1. Ziehungstag 12. Juli. Ohne Gewähr.

50000:	20842	31549	20000:	40520	53679	5000:	
46094	57863	61308	96228	108664	108783	3000:	16438
28659	32918	34220	34369	60817	114477	127542	2000:
17030	19853	29330	31795	48998	49009	83896	85312
95511	127682	1000:	418	4415	4609	7135	12446
13319	16164	17329	22228	24678	26608	27400	27850
30743	32237	32836	37534	46000	46336	51058	51191
53408	53798	55003	55440	57198	58326	58769	59634
62872	63058	63236	63367	64889	66005	66213	66373
66760	68353	68406	68415	71745	71964	72784	73382
74972	80120	80498	81570	82065	83734	86689	89242
90457	93285	95587	97286	100068	100887	101176	102279
106017	109645	110356	115785	116523	117027	117524	
119234	121004	122640	122924	122935	124570	124573	
125529	125533	125965	127596				

Junge Hunde

hat abgegeben Glashtitter Straße 151 g.

Seminarist (der obersten Klassen)

würde während der Ferien gern Nachhilfe-Stunden in beliebigen Fächern zu mäßigen Preisen erteilen. Bitte Angebote bitte unter „S. 100“ in der Geschäftsstelle niederzulegen.

Achtung! Stern-Lichtspiele.

Freitag abend 7 1/2 Uhr zum letzten Male Brillantenmiese, 2. Teil

Deutscher Landarbeiter-Vorband.

Sonnabend den 15. Juli Sommernacht-Ball im neu renovierten Saal des Gasthofes Verrentsch die Ortsverwaltung

Jugendverein „Einigkeit“, Niederfrauendorf und Umgegend.

Sonnabend den 15. Juli bei schönem Wetter Wanderabend nach Wagen. Abmarsch 7 1/2 Uhr mit Marschmusik. Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen der Vorst.

Für die überaus großen Beweise der Liebe und Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben, teuren Gattin

Selma Löffler

geb. Wätner
spreche ich meinen herzlichsten und aufrichtigsten Dank aus. Oberaradorf, den 12. Juli 1922. Robert Löffler.

Otto Rothenburg

drängt es uns, nur herdurch allen denen, die uns in so überaus herzlicher Weise ihre Teilnahme bezogen, insbesondere auch den geehrten Mitgliedern der Militärvereine für die ihm erwiesenen Ehrungen unsere tief empfundenen Dank auszusprechen.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Raundorf, den 11. Juli 1922.